

Was kommt?

Attila Kiraly

Sie hört nicht auf, die eifernde Beschimpfung des Publikums, sich dem freiheitlich-menschenrechtlichen Kriegsführen nicht länger zu verweigern. Im Merkur, in der Selbstdarstellung eine „Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken“, beschimpft im aktuellen August-Heft der Mitherausgeber Karl Heinz Bohrer die Regierung, einen Teil der Medien und die Mehrheit der Bevölkerung gleich mit. Ausgangspunkt war wieder einmal die Entscheidung der Bundesregierung, der Resolution des UN-Sicherheitsrates in Sachen Libyenkrieg nicht zuzustimmen und sich auch an den direkten Kriegshandlungen nicht zu beteiligen. (Dass Deutschland sich politisch-diplomatisch ebenfalls am *Regime Change* in Libyen beteiligt und die Kriegsführung der anderen NATO-Staaten mindestens indirekt unterstützt, die Abstinenz also keine wirklich friedliche ist, soll hier unbeachtet bleiben.) Bohrer nörgelt: „Das Aussitzen [...] war nicht nur die Eigenschaft des einst dafür berühmten Kanzlers, es ist die Eigenschaft seiner Schülerin und der Mehrheit der deutschen Politiker und ihrer Wähler.“ Da hier offenbar die Mehrheit der Wähler gemeint ist, könnte man zunächst anmerken: Dann soll doch der Bohrer beantragen, das Volk aufzulösen und ein anderes zu wählen.

Die argumentativen Purzelbäume sind dann recht abenteuerlich: Da die Deutschen keine wirkliche Kolonialmacht waren – wie etwa die Briten –, war ihre Machtidee immer entpolitisiert. Daher sei „der radikale Pazifismus“ unerquicklich. „Er charakterisiert noch immer die deutsche Mehrheit, aber auch die Intellektuellen dieses Landes, und dieser Pazifismus ist nichts anderes als das Pendant des ehemaligen Militarismus.“ Daher sei auch der Satz „des beliebtesten deutschen Außenministers“, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, „verächtlich“. Kein Wort darüber, dass dies die Lebensmaxime der Davongekommenen nach 1945 war, kein Wort, dass dies die eigentliche Geschäftsgrundlage des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ von 1990 gewesen ist, der in Deutschland die Besatzungszeit abschließend beendete. Dies sei dann „der bewusste Provinzialismus“. Die „eigentliche Crux des provinziellen, sich nicht verantwortlich fühlenden Bewusstseins“ sei „die irrige Auffassung von einem Recht, das über der Politik schwebt, die entpolitisierte

Interpretation des Völkerrechts“. Während in den Sonntagsreden zum Ende der DDR immer das instrumentelle Verständnis der Politbürokratie vom Recht kritisiert wird, redet Bohrer genau dieser das Wort: Eine nicht provinzielle deutsche Außenpolitik solle sich gefälligst einen Teufel um das Recht scheren.

So heißt schließlich die Pointe: „Die europäischen Befürchtungen, da entstehe ein Viertes Reich, waren ohnehin ahistorisch und ohne Kenntnis der westdeutschen Psyche.“ Und der ostdeutschen, wäre hinzuzufügen, aber da kennt sich Herr Bohrer wohl nicht so aus. Mit dem Wechsel des Regierungssitzes nach Berlin hätte man sich „eine neue Machtinitiative vorstellen können, etwa bezüglich der lange nur als sentimentale Utopie gehegten Europaidee. Mit der international applaudierten Akzeptanz eines ersten Engagements der Bundeswehr im Kosovo durch die rot-grüne Regierung schien sich so etwas auch anzudeuten, aber dieses Ereignis blieb folgenlos. Es verfiel vorerst und trotz des Engagements in Afghanistan [...] mit der konservativ-sozialdemokratischen, dann konservativ-liberalen Regierung“. Warum die Bevölkerung dieses Landes eine Europaidee brauchen soll, die notwendig der Kriegsführungsfähigkeit – hier auch im mentalen, politischen Sinne gemeint – bedürfen soll, bleibt des Autors Geheimnis.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) wiederum ist weiter stolz auf jene rot-grüne Leistung und kritisiert ebenfalls die Bundesregierung wegen der Libyen-Entscheidung. Aus ihrer Sicht – Sommerheft von Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte – „mutet diese Enthaltung unerträglich an. Deutschland muss wieder zu einem klaren und verlässlichen außenpolitischen Kurs finden“. Mit anderen Worten: Auch in Deutschland stehen politische Kräfte bereit, die unter einer „klaren und verlässlichen“ Außenpolitik Kriegsführung verstehen. Wenn jetzt nicht eine konservativ-liberale, sondern eine SPD-grüne Regierung verantwortlich wäre, würde Deutschland zu den Krieg führenden Mächten in Libyen gehören. Oder anders gesagt: Mit einer „rot-grünen“ Mehrheit im Bundestag steigt die Gefahr militärischer Abenteuer.

Das jedenfalls folgt, wenn man Wieczorek-Zeuls Äußerungen für die antizipierte Politik nimmt. Am besten, der Wähler weiß das vorher. Aber wenn Bohrers Beschreibungen der politischen und geistigen Mehrheitsverhältnisse stimmen, ist das kein Selbstläufer. 🌐